



Wollmützerl & Mohnstrudel

In Wien gehen Polizei und Bürgerschaft scharf gegen bettelnde Menschen vor. Die Bettelverbote wurden alle mit der Existenz einer „Bettelmafia“ begründet. Ein Einblick in den österreichischen Abwehrkampf gegen Armutsmigration. Von Ferdinand Koller

Seit in den letzten Jahren bettelnde Menschen auf den Straßen Wiens wieder zum Alltag gehören, berichten die Medien von einer ominösen „Bettelmafia“, die diese Menschen „aus dem Osten“ in die Bundeshauptstadt bringen und ausbeuten würde. Alle kennen die Geschichten von „Hintermännern“, die im Mercedes vorfahren, die Bettelnden einsammeln und ihnen das Geld wegnehmen. Selbst gesehen hat das niemand, aber man kennt jemanden, der es angeblich gesehen oder davon gehört hat. Spricht man in Wien über das Thema Betteln, ist dieses Bild allgegenwärtig.

Bettler = Roma = Mafia

Doch woher kommt die Idee von einer „Bettelmafia“? In jedem Fall spielen tief verwurzelte antiziganistische Ressentiments eine große Rolle. Bettelnde Menschen werden in Österreich meist für Roma/Romnja gehalten, die Begriffe sind in ihrer Bedeutung für viele Menschen schon identisch geworden. Spricht man über diese Menschen, tut man es von Beginn an abwertend. Bettelnde Menschen wohnen nicht, sie „hausen“. Mehrere von ihnen sind keine Gruppe oder Familie, sondern eine „Bande“. Jede Form der sozialen Interaktion, gemeinsames Kaffeetrinken, Fahr- oder Wohngemeinschaften werden zum Beweis dafür, dass es sich um „organisierte Banden“ handelt.

In einer Debatte zur Verschärfung des Bettelverbotes in Wien stellte die Gemeinderatsabgeordnete Barbara Feldmann (Volkspartei) fest, „...dass das organisierte Banden sind mit dem gleichen Outfit, mit gleichem Wollmützerler...“. Ihre Parteikollegin Ursula Stenzel wollte einmal einer Bettlerin einen Nusstrudel kaufen. Diese wollte aber lieber einen Mohnstrudel haben, was Stenzel als Beweis für die Existenz einer „Bettelmafia“ anführte.

Was auch immer bettelnde Menschen tun, es wird so ausgelegt, dass das Bild einer „Bettelmafia“ gestärkt wird. Woran man erkennen kann, wer zur Mafia gehört und wer nicht, kann niemand erklären. Allerdings werden nur bettelnde Menschen aus dem Ausland, vor allem jene, die man als Roma/Romnja wahrnimmt, als „Bettelmafia“ bezeichnet. Solchen Menschen traut man freilich auch alles zu. Sozialdemokratische Abgeordnete haben ein Kinderbettelverbot legitimiert, indem sie den bettelnden Menschen unterstellten, ihre Kinder zu verleihen oder zu vermieten und generell zu missbrauchen. Die

Abgeordneten der Freiheitlichen und der Volkspartei haben sich freilich noch ärger über bettelnde Menschen geäußert und mutmaßten unter anderem, die Kinder würden mit äußerster Brutalität zu Kriminellen erzogen. Die grundrechtlich bedenklichen Bettelverbote, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, wurden alle mit der Existenz einer „Bettelmafia“ begründet, gegen die man vorgehen müsse und vor der man die Opfer schützen wolle.

Abwehrkampf gegen die Armen

Unter den Verboten haben sich die Lebensbedingungen für arme Menschen weiter verschärft. Die Polizei bestraft mit großem Aufwand und nimmt Personen bei Uneinbringlichkeit der Geldstrafen in Haft. Dieser Umgang mit armutsbetroffenen Menschen im öffentlichen Raum ist die Folge einer kommunalen Sicherheitspolitik, die sich nicht mit der Abwehr objektiver Gefahren beschäftigt (Wien ist wohl eine der sichersten Großstädte weltweit), sondern mit Gefährdungen des subjektiven Sicherheitsgefühls. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich wohlfühlen in der Stadt, da haben Obdachlose, Drogenab-

hängige und bettelnde Menschen keinen Platz. Sie werden zu Störfaktoren stigmatisiert und wie die „Hundstrümmerl“ von den Straßen entfernt. Bevorzugt findet diese „Reinigung“ in Einkaufsstraßen und in der Nähe touristischer Attraktionen statt.

Das Thema Betteln beschäftigt die Wiener Bevölkerung sehr. Die Politik greift immer wieder darauf zurück und geht auf Kosten der bettelnden Menschen auf Stimmenfang. Dabei wird mit der immer wiederkehrenden Behauptung der Existenz einer „Bettelmafia“ eine Bedrohung konstruiert, die mit einem Bettelverbot schnell gelöst werden könne. Die Politik will zeigen, dass sie handeln kann. Dass gar keine Bedrohung besteht und der Handlungsbedarf allenfalls im sozialen Bereich liegt, interessiert ohnehin kaum jemanden. Auch für einen Großteil der Medien sind bettelnde Menschen ein gefundenes Fressen. Die Berichte über haarsträubende Lebensumstände und die „Bettelmafia“ mit ihren „bösen Hintermännern“ scheinen gut anzukommen. Das Praktische an den bettelnden Menschen ist, dass sie sich in der Regel weder gegen die Gesetze und Polizeipraktiken noch gegen falsche Berichterstattung in den Medien wehren. Und es gibt kaum jemanden, der versucht, andere Bilder in der Öffentlichkeit zu etablieren.

Armutsmigration als „Überlebensreisen“

Die Realität hinter diesem politischen und medialen Diskurs über die „Bettelmafia“ sieht ganz anders aus. Selbstverständlich kann niemand ausschließen, dass auch bettelnde Menschen Opfer von Ausbeutung werden können, doch ist dies keineswegs der Regelfall. Auch die Polizei kann nicht von konkreten Fällen dieser Art berichten, man „vermutet“ oder „ermittelt“ immer nur.

Die bettelnden Menschen, mit denen die Initiative BettelLobby Wien und verschiedene soziale Einrichtungen bisher in Kontakt gekommen sind, sind alle in Kleingruppen nach Wien gekommen und sind entweder miteinander verwandt und/oder lebten ursprünglich im selben Dorf. Die Hauptgründe für ihre Migration sind extreme Armut und Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat. Das Betteln ist dabei nur ein Weg, zu Geld zu kommen, der sich auch nur für jene eignet, die dem Bild eines Bettlers entsprechen: alte, kranke, schwache Menschen, die offensichtlich arbeitsunfähig sind. Junge, gesund aussehende Männer können sich beim Betteln nicht viel erwarten. Sie gehen anderen Beschäftigungen nach, verkaufen Straßenzeitungen oder versuchen, als Tagelöhner auf Baustellen Geld zu verdienen. Ansprüche auf Sozialleistungen haben sie in Wien keine, sie sind auf sich gestellt. Viele von ihnen sind obdachlos oder wohnen in prekären Verhältnissen in Abbruchhäusern, für die sie viel zu viel bezahlen.

Ferdinand Koller
engagiert sich in der BettelLobby Wien für eine Abschaffung der Bettelverbote und für die Verbesserung der Situation bettelnder Menschen. Näheres unter <http://bettellobby-wien.wordpress.com>

Seit Ende 2011 sorgt ein Haus in der recht zentral gelegenen Gumpendorferstraße für mediales Aufsehen. „Horrorhaus“ und „Hochburg der Bettelmafia“ sind die Begriffe, die zu dessen Beschreibung aus der Tiefe journalistischer Fantasien geborgen werden. Anlass der Meldungen war ein groß angelegter Polizeieinsatz im Januar dieses Jahres. 200 Polizeibeamte und Beamte des Magistrats stürmten das Haus, holten Familien aus ihren Wohnungen und überprüften alles. Es wurden zwar einige Mängel gefunden, diese waren allerdings dem Vermieter anzulasten. Nachfragen bei der Polizei ergaben, dass zwar einige Personen im Haus schon mal wegen „Bettelns“ bestraft wurden, kriminelle Strukturen wurden aber nicht aufgedeckt. Es ist nicht das erste Mal, dass auch die Polizei völlig frei mit dem Begriff „Bettelmafia“ hantiert und darunter einfach ausländische Bettlerinnen und Bettler versteht.

Wer das „Horror-Haus“ besucht, wird in der Tat beeindruckt sein. Nicht von den angeblichen Fäkalien oder Müllbergen, sondern von etwa 200 Menschen, Männern und Frauen unterschiedlichen Alters, Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Ländern, die eines gemeinsam haben: zu wenig Geld für eine normale Wohnung. Viele von ihnen kommen aus Rumänien, es sind aber auch Leute aus Bulgarien, der Slowakei, Syrien oder afrikanischen Ländern im Haus. Die Wohnverhältnisse in den Wohnungen sind alles andere als optimal, aber die Leute machen das Beste daraus und laden einen auch mal gerne auf ein Getränk ein und erzählen von ihrem Leben in Österreich und in den Herkunftsländern. Warum sie sich das hier in Wien antun? Die Antworten gehen meist in eine Richtung: zu Hause ist es noch schlimmer,

„hier verhungern wir wenigstens nicht“. Die Lebensmittelpreise sind in den Herkunftsländern ähnlich hoch wie im reichen Wien, viele Menschen müssen mit wenigen Euro pro Tag auskommen und haben keine Chance, mehr zu verdienen. Ihnen bleibt gar nichts anderes

übrig, als in reichere EU-Länder zu gehen und dort die wenigen Möglichkeiten auszunutzen, ein paar Euro zu verdienen. Robert Sommer, Redakteur der Straßenzeitung *Augustin*, hat dieses Migrationsphänomen letztes als „Überlebensreisen“ bezeichnet.

Dialog nicht in Sicht

Die Menschen im Haus haben spätestens nach dem Polizeieinsatz mitbekommen, was über sie geschrieben wurde. Die Journalistin Ulli Gladik besuchte einige Familien und schrieb einen Artikel im *Augustin*, den viele aus dem Haus verkaufen. Die rumänische Übersetzung war im Haus sehr gefragt, die Leute haben sich gefreut, dass sie als gastfreundlich und ordentlich bezeichnet wurden und die Gründe für ihren Aufenthalt in Wien erklärt wurden.

Politik, Medien und Polizei weigern sich, auf Augenhöhe mit den Menschen zu sprechen und deren tatsächlichen Lebensbedingungen kennenzulernen. Das wird wohl auch so bleiben. Denn akzeptiert man die Realität abseits überzogener „Bettelmafia“-Fantasien, fällt es schwer, die Leute mit Polizeigewalt aus den Fußgängerzonen zu vertreiben und zu behaupten, soziale Angebote seien für diese Gruppe nicht nötig.<